Tageszeitung

für den Kreis Lübbecke

(Amtlicher Anzeiger)

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Preis durch die Post 1/4jährlich 9,00 M, durch Privatboten 1/4jährlich 9,00 M.

Verantw. Schriftleiter Dr. Hugo Schlüter, Bad Essen
Druck und Verlag Franz Schlüter, Bad Essen

Anzeigen kosten für 84 mm Breite (Agatzeile) 1 mm Höhe 10 M, Reklamen für 90 mm Breite und 1 mm Höhe 50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme: Mittags des vorhergehenden Tages, größere Anzeigen früher.

Drahtanschrift: „Tageszeitung", Bad Essen
Fernruf Nr. 7 Postscheckkonto Hannover 1797

Nr. 153 **Preußisch Oldendorf,** Sonntag, 3. Juli 1921 **15. Jahrgang**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichstag wird voraussichtlich am 7. Juli in die Sommerferien gehen.
- Die Zentrumspartei wird auch in diesem Jahre wieder einen Parteitag abhalten, und zwar in den ersten Wochen des November.
- Der bisherige italienische Ministerpräsident hat endgültig den Antrag abgelehnt, das Kabinett neuzubilden. Kammerpräsident de Nicola wurde mit der Kabinettsbildung betraut.
- Eine Reihe von verhafteten irischen Sinnfeinern wurde in London aus dem Gefängnis entlassen.
- Der schwedische Linkspolitiker Branting erklärte bei einer Unterredung über die Aalandsinseln, der Völkerbund sei ein politisches Werkzeug der beteiligten Großmächte geworden.
- Präsident Harding hat das Gesetz unterschrieben, wonach vom 1. Oktober ab die gesamte Mannschaftsstärke des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabgesetzt wird.
- Im Senat der Vereinigten Staaten wurde ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer „Bank der Nationen eingebracht mit einem Kapital von 2400 Millionen Dollar. Sämtliche Staaten sollen Aktionäre werden können.

Die neuesten Drahtmeldungen siehe Seite 3

Die „Sanktionen".

Wenn jemals eine politische Maßnahme mit einem falschen, irreführenden Namen bezeichnet worden ist, so sind es die Zwangsmaßnahmen, welche die Entente vor einigen Monaten am Rhein ergriff, um für die Ablehnung der Pariser Forderungen durch die deutsche Regierung eine ebenso kurzsichtige als dem eigentlichen Zweck zuwiderlaufende Rache zu nehmen. Das Wort „Sanktionen" bezeichnet eigentlich bestimmte Garantien, die einem Vertrage eingefügt werden, um dessen Erfüllung unter allen Umständen sicherzustellen. Das Wort, welches aus der Rechtspflege früherer Jahrhunderte stammt, trägt noch den Stempel der Heiligkeit, mit der man früher solche Verträge zu betrachten pflegte. Heute scheint ein solches Verfahren ein Hohn auf den Begriff zu sein, den das Wort bezeichnen soll. Ganz abgesehen davon, daß auch der Friedensvertrag selbst seinen Namen durchaus mit Unrecht trägt, denn er war ja eigentlich eine Kriegserklärung, die auf Jahrzehnte berechnet war, laufen selbst die Maßnahmen, die die Entente im Rheinland ergriff, diesem sogenannten Friedensvertrag direkt zuwider, können also in keiner Weise als Garantien für diesen Vertrag gelten und schon gar nicht den Charakter irgendwelcher Heiligkeit in Anspruch nehmen.

Die deutsche Regierung hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie in der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, sowie in der Errichtung einer Zollinie am Rhein ungerechtfertigte Gewaltmaßnahmen erblickt, die auf eine Anerkennung von unserer Seite nicht rechnen dürfen. Es hat eigentlich kein Mensch daran gezweifelt, daß diese sogenannten Sanktionen selbstverständlich wieder aufgehoben werden müßten, nachdem die neue deutsche Regierung ihre Unterschrift zu dem Londoner Ultimatum gegeben hatte, vor allem schon deshalb, weil durch die Annahme dieser neuen gegnerischen Forderungen das Pariser Diktat als vollkommen überholt angesehen werden konnte. Das Gegenteil ist eingetreten. Heute noch steht die feindliche Besatzungsarmee in den Rheinstädten. Heute noch besteht die Zollinie am Rhein, obwohl der Effekt dieser Maßnahme alle Erwartungen, die man in London und Paris darauf setzte, gründlich enttäuscht hat und als einzige Folge der dadurch hervorgerufenen Verwirrung der Verkehrsverhältnisse nur das berüchtigte „Loch im Westen", das von deutscher Seite nach vieler Mühe und nach einem Verlust vieler Milliarden endlich geschlossen worden war, sich von neuem öffnet.

Der Fortbestand der seinerzeit eingeleiteten Gewaltmaßregeln bildet also den schreiendsten Widerspruch zu der durch den Kabinettswechsel in Deutschland und durch die Unterschrift unter das Ultimatum geschaffenen neuen Lage. Ungleich ist in dieser Frage neben der bevorstehenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens vielleicht das brennendste Problem der europäischen Politik überhaupt zu sehen. Es war deshalb notwendig, daß der deutsche Reichstag diese Frage zum Gegenstand eines eindringlichen Protestes machte, und daß der deutsche Außenminister Dr. Rosen im Namen des Kabinetts den Standpunkt der deutschen Regierung darlegte. Es treten dabei im wesentlichen zwei Gesichtspunkte hervor, die den Kern der Frage genau treffen.

Der Minister ließ keinen Zweifel darüber, daß der Wetterbestand der Sanktionen eine doppelte Gefahr mit sich bringe, die ihre Wirkung nicht auf Deutschland allein, sondern ganz besonders auch auf die Entente erstreckt, wie es überhaupt eine solche Reichstagsrede im wesentlichen an die Adresse des Auslandes und erst in zweiter Linie an die im Reichstag versammelten Abgeordneten gerichtet zu sein pflegt. Die Voraussetzung, unter der die neue Regierung Wirth ihr Amt mit der außerordentlichen Belastung der Unterschrift unter das Ultimatum übernahm, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß von seiten der Entente künftig nichts mehr unternommen werden dürfte, was die deutsche Produktionsfähigkeit ernstlich gefährdet. Es ist allgemein anerkannt worden, daß die von uns versprochenen Leistungen ein so ungeheuerliches Maß erreichen, daß sie nur mit Anspannung aller verfügbaren Kräfte und Produktionsquellen durchgeführt werden können. Die Entente selbst müßte eigentlich das größte Interesse daran haben, uns die Durchführung dieses Versprechens nach Kräften zu erleichtern. Damit würde es auch im Einklang stehen, daß besonders von französischer Seite der gute Wille des Kabinetts Wirth mehrfach anerkannt worden ist. Bei diesen Worten ist es aber geblieben, und das sachliche Verhalten des Obersten Rates läßt den Zweifel nur allzu stark begründet erscheinen, ob man das Versprechen dieser Leistungen von uns wirklich nur deshalb erzwungen hat, um tatsächlich in den Besitz der verlangten Milliarden zu kommen, oder ob die ganze Ultimatumspolitik nicht im wesentlichen nur ein Mittel zu einem ganz anderen Zwecke, nämlich zur immer weiter gehenden Zermürbung und Zersplitterung Deutschlands sein sollte. Die deutsche Regierung hat von vornherein eine solche unehrliche Auslegung des Londoner Abkommens aus ihren Berechnungen ausgeschaltet, und sich von Anfang an rückhaltlos zu dem Standpunkt bekannt, daß durch ein möglichst hohes Maß von Leistungen möglichst bald der Druck der Ententemächte von uns behoben werden soll. Sie hat mit diesem Standpunkte in London und Rom eine gewisse Anerkennung und einigermaßen Verständnis gefunden. In Paris aber, wo man dieser Anerkennung am lautesten Ausdruck gab, hat man eine Politik verfolgt, die auf das Gegenteil abzielte. Oberschlesien, wo der französische Einfluß noch vorherrscht, und uns immer noch die allerschwersten Sorgen wegen der Zukunft dieses Landes macht, und die Rheinlande, in denen heute noch die Sanktionen aufrecht erhalten werde, sind der Beweis dafür.

Die deutsche Regierung sieht sich also nach kurzer Zeit ihres Bestehens bereits durch die Entente in den Voraussetzungen getäuscht, auf denen sich die Regierungskoalition und das Programm des Kabinetts aufbauten. Der Außenminister Dr. Rosen hat daher im Reichstag mit recht dankenswerter Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß bei einer Fortsetzung dieser französischen Politik die deutsche Regierung sich nicht in der Lage sehen würde, ihre Tätigkeit im bisherigen Sinne fortzusetzen und infolgedessen möglicherweise die Folgerung ihres Rücktrittes ziehen müßte, da sie ihr Vorhaben, das Ultimatum wirklich zu erfüllen, von der Gegenseite selbst vereitelt sehen würde.

Es wird sich also bald zeigen müssen, ob die englischen und italienischen Politiker, die, wie der Minister zu berichten wußte, durchaus nicht mit dem französischen Wunsche nach weiterer Aufrechterhaltung der Zwangsmaßnahmen am Rhein übereinstimmen, bei der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates ihre eigenen Ansichten gegenüber der französischen Gewaltpolitik durchzusetzen wissen.

Friede mit Amerika.

Beginn zuehrlicher Versöhnung.

Das Repräsentantenhaus zu Washington hat dem Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, derzufolge der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendet wird, zugestimmt.

Darauf ging die Resolution an den Senat, der sie gleichfalls ohne weitere Debatte annahm. Was nun noch folgt, sind lediglich Formalien. Die Resolution, welche u. a. auch besondere Verfügungen über das deutsche Eigentum in Amerika enthält, geht nun an den Präsidenten Harding zur Unterschrift.

Abfahrt der amerikanischen Truppen.

Die Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Wirksamkeit treten, worauf dann ein Befehl erlassen werden soll, daß sich die Truppen vom Rhein nach Amerika einzuschiffen haben.

Man glaubt, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen ein Geschenk an diese anläßlich des amerikanischen Nationalfestes am 4. Juli sein wird. Die französische, englische und belgische Regierung dürften von der Absicht der Vereinigten Staaten, ihre Truppen zurückzuberufen, bereits benachrichtigt sein. Die amerikanischen Truppen werden natürlich durch Ententetruppen ersetzt werden, und zwar wahrscheinlich durch Franzosen. Der einzige Vorteil, den Deutschland davon hat, ist die erhebliche Verbilligung der Besatzungskosten. Die Bevölkerung des Koblenzer Distriktes wird den Tausch eher bedauern.

In den Vereinigten Staaten erklärt man, daß nach internationalem Recht diese Truppen nicht länger auf einem Gebiet verbleiben können, mit dem Amerika sich nicht im Kriegszustande befindet. Außerdem wird in Regierungskreisen dargelegt, daß kein Anlaß vorliegt, die amerikanischen Streitkräfte am Rhein zurückzuhalten, da Deutschland den Beweis erbringe, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen wolle.

Amerika sagt sich also offiziell von der französischen Gewaltpolitik los.

Weltabrüstung.

Das Repräsentantenhaus nahm ferner den Antrag Berah an, der den Präsidenten ermächtigt, mit England, Japan und anderen Großmächten Verhandlungen über die Verminderung der Streitkräfte zur See anzuknüpfen. Nur vier Mitglieder des Repräsentantenhauses stimmten gegen den Antrag Berahs. Vor der Abstimmung wurde ein Schreiben des Präsidenten an die Parteiführer des Repräsentantenhauses verlesen, in dem er den Wunsch ausspricht, daß der Kongreß sich zugunsten der Abrüstung aussprechen möge.

Die Wiederaufbau-Verhandlungen.

(Materialpreise — Luftschiffe — Finanzkontrolle.)

Zurzeit finden in Paris bekanntlich Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung statt, die sich an die Wiesbadener Zusammenkunft Rathenaus mit Loucheur anschließen und in denen die Einzelheiten der deutschen Wiederaufbaulieferungen geregelt werden sollen. In der Hauptsache handelt es sich jetzt um die Frage der Materiallieferungen und der Preise, insbesondere die Höchstpreise für die von uns aufzustellenden Holzhäuser. Die Verhandlungen sind auf einem Standpunkt angekommen, wo man es für das richtigste hielt, eine Reihe von Einzelfragen genau schriftlich zu formulieren. Mit diesen Fragen ist einer der deutschen Vertreter, Direktor Guggenheimer, am Freitag von Paris nach Berlin zurückgefahren, um sie dem Kabinett zur weiteren Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Entente-Garantiekommission wiederum hat Berlin nach vierzehntägigem Aufenthalt verlassen. Die Mitglieder der Kommission unterbrachen in Koblenz die Reise, um mit der Rheinlandkommission zu beraten. Sie sind dann nach Paris zurückgekehrt.

In den Wiedergutmachungsleistungen sind auch die Luftschiffe mit einbegriffen. Der deutsche Bevollmächtigte in Paris hat dort ein Abkommen unterzeichnet, wonach Deutschland für die sieben zerstörten Luftschiffe, die es zu liefern hatte, Ersatz zu leisten hat. Ferner sind die Pläne der zerstörten Luftschiffe der Kontrollkommission zu übermitteln. Sobald dies geschehen ist, hat Deutschland Angebote für Ersatzleistung entweder in natura oder in Gold zu machen.

Auf Grund der bisherigen Beratungen hat das Garantiekomitee der deutschen Regierung

fünf Noten

übermittelt, in welchen zu den deutschen Vorschlägen Stellung genommen wird. Die erste Note enthält die Mitteilung, daß unter gewissen Voraussetzungen außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliarde Goldmark in dem ersten Jahre bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe in den Ententeländern abgegolten werden. Weiter betont die Note die Notwendigkeit, den Kurs der Mark zu festigen und hierzu das Budget durch eine Finanzreform ins Gleichgewicht zu bringen.

Besonders wichtig erscheint dann noch die fünfte Note, in der die Maßnahmen näher auseinandergesetzt werden, um sich von der richtigen Feststellung der Ausfuhrziffern und der Einnahmen der Zölle und der verpfändeten Steuern zu überzeugen. Man hört hierzu, daß die Entente die Absicht haben soll, Kontrollkommissare in das Finanz- und in das Wirtschaftsministerium zu entsenden. Sollte sich das bewahrheiten, so würde das einen weiteren schweren Eingriff in die Selbständigkeit der deutschen inneren Verwaltung bedeuten.

Hoefers Abschied.

Auflösung des Selbstschutzes angekündigt.

Der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, General Hoefer, hat an seine Leute einen Aufruf erlassen, der beginnt: „Kameraden! Der Vormarsch der Interalliierten Truppen zur Befreiung unserer Heimat hat endlich begonnen. Die Interalliierte Kommission hat sich verpflichtet, in wenigen Tagen Oberschlesien bis zur Landesgrenze von den Insurgenten zu säubern. Sie glaubt, unsere Mithilfe, die ich ihr immer wieder angeboten habe, ablehnen zu müssen." Zum Schluß lautet es: „Gelingt den Alliierten die Säuberung des Landes, dann ist unsere Aufgabe jetzt erfüllt; wir werden uns wieder auflösen. Auch dabei werdet Ihr, so erwarte ich, die Selbstzucht bewahren, die Euch bisher auszeichnet hat. Aus der Einmütigkeit, mit der das gesamte Deutschtum hier zusammenstand, können wir die freudige Zuversicht schöpfen für eine bessere Zukunft unserer armen oberschlesischen Heimat und unseres gesamten deutschen Vaterlandes."

Ein Schwindler

Vor einigen Tagen veröffentlichten ausländische Zeitungen eine Nachricht, nach der der Kommandant des „Marine-Detachements" der oberschlesischen Insurgenten, Robert Osset, ein früherer deutscher Kapitänleutnant und ehemaliger Kommandant des U-Bootes H sei.

Hierzu teilt die Marineleitung mit: Es hat sich einwandfrei feststellen lassen, daß ein ehemaliger U-Bootskommandeur des Namens Robert Osset in der deutschen Marine nicht

existiert hat. Es hat mehrere U-Boote mit der Bezeichnung S gegeben. Deren Kommandanten sind bis auf einen gefallen. Dieser Überlebende befindet sich in Deutschland. Es kann infolgedessen keiner von ihnen auf polnischer Seite in Oberschlesien kämpfen. Vermutlich handelt es sich um einen Schwindler.

Gespanne für die oberschlesischen Landwirte.

Ein oberschlesischer Grundbesitzer bittet um Veröffentlichung nachstehenden Aufrufes an den Großgrundbesitz: Die polnische Insurrektion in Oberschlesien hat die Güter ihres Pferdebestandes zum Teil gänzlich beraubt. Die Ernte steht vor der Tür, die Heuernte ist im Gange. Viele andere landwirtschaftliche Arbeiten drängen. Der Staat hat zwar Hilfe in Aussicht gestellt, die aber von Woche zu Woche verzögert wird. Weiter abzuwarten ist unmöglich. Wenn die größeren deutschen Landwirte je einen bespannten Lastenwagen sofort an die Notstandskommission Oppeln schicken wollten, könnte wenigstens einem Teil der Not abgeholfen werden. Helft sogleich ohne große Rückfragen und Beratungen, damit nicht auch noch die Ernte verlorengeht. Die Not ist überwältigend groß.

Deutscher Reichstag.

(128. Sitzung.) Ob. Berlin, 1. Juli.

Mit der Erledigung kleiner Anfragen wurde die heutige Sitzung begonnen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Schreiber (Zentr.), wie es mit dem kulturellen Beirat stehe, dessen Einfügung im Haushaltsausschuß beschlossen sei und der eine verstärkte kulturelle Einwirkung auf das Ausland ins Auge fassen soll, und ferner, wie weit es mit der Bildung des kleinen Ausschusses gekommen sei, der den Auslandsschulen seine Aufmerksamkeit zuwenden solle, wird von der Regierung erwidert, daß die Regierung nach wie vor beabsichtige, den kulturellen Beirat zu schaffen, der je nach den Erfordernissen ganz oder teilweise in Tätigkeit treten solle. Der kleine Ausschuß sei bereits in der Bildung begriffen.

Auf den Anworten, die auf verschiedene andere kleine Anfragen erteilt wurden, ging u. a. hervor, daß die Regierung beabsichtige, die Pfändbarkeitsgrenze für Lohnempfänger heraufzusetzen, und daß sie in eine erneute Prüfung dieser Frage eingetreten sei, ferner, daß das Reichsarbeitsamt ermächtigt sei, ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft zuzulassen, wenn der Bedarf nicht durch einheimische Kräfte gedeckt werden kann, ferner, daß ein

Weißbuch über die Lage im Saargebiet

sich in der Ausarbeitung befinde und dem Hause demnächst zugehen wird. Endlich, daß die Frage der Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes ihre Erledigung finden wird, und daß Erleichterungen im Ehescheidungsverfahren in Aussicht genommen sind. Nach einer weiteren Anwort soll das Reichsschulgesetz baldigst verabschiedet werden. Die Postverwaltung sei bestrebt, den Dienstplan der Friedenszeit wieder einzuführen, mit Rücksicht auf die allgemeine mißliche Finanzlage sei dies noch nicht im ganzen Umfange möglich gewesen. Hierauf folgte die erste Beratung des Gesetzes zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen. Nach kurzer Auseinandersetzung wurde diese Vorlage einem Ausschuß überwiesen. Einige weitere kleine Vorlagen wurden teils den Ausschüssen überwiesen, teils ohne Erörterung genehmigt.

Die Aussprache über die Sanktionen.

Alsdann kam man zur Fortsetzung der Interpellation wegen der Sanktionen. Der erste Redner, Abg. Bell (Zentr.), erklärte, daß er vor der ganzen Welt Protest gegen diese unerhörte Vergewaltigung erhebe. Was wir in den letzten zwei Jahren an Opfern und Enttäuschungen erlebt haben, gehört der Geschichte an. Der Redner erinnerte an die unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens vollzogene Wegnahme unserer Kolonien, an den Raub von Eupen-Malmedy, an die Bedrückung der Rheinlande und an Oberschlesien. Die von langer Hand vorbereiteten Maßnahmen zur Abschnürung der Rheinlande von Mitteldeutschland wurden nach den Tagen von London ohne Ultimatum durchgesetzt. Kein Wunder, daß alle Kreise des deutschen Volkes einig seien in dem gebarnischten Einspruch gegen diese Sanktionen und einmütig deren Aufhebung verlange. Weiter erinnerte der Redner an die gemeinsame Protestkundgebung aller Parteien in Sachen Oberschlesien und forderte den Reichstag auf, in dieser Frage der Sanktionen in gleicher Weise zusammenzustehen.

In seinen weiteren Ausführungen sagte der Redner u. a.: Jedenfalls ist Herr Briand auf dem besten Wege, das, was er erreichen will, den Schutz der deutschen demokratischen Regierung, selbst zu untergraben. Eine Regierung, die sich etwa auf die Sanktionen stützen wollte, würde vom deutschen Volke hinweggefegt werden. Wir stehen jetzt am Wendepunkte. Sollen die 10 Millionen Gefallener aus ihren Gräbern drohen: Wenn wir Toten erwachen! Es ist die letzte Minute zur Umkehr, mag Frankreich die Stunde nutzen.

Abg. Dr. Reichert (Deutschn.) schilderte die Folgen der Kohlabsperrung für die rheinische Industrie und beklagte die Überschwemmung mit französischen Luxuswaren, namentlich in der Gummi- und Automobilindustrie. Auch die Ausfuhrregelung sei erschwert worden, und hier müsse die Regierung nur mögliche sorgen. Am gefährlichsten aber sei die französische Handels- und Industriespionage, die Einblick in unser Wirtschaftsleben gewinne und diese im Wettbewerb im Auslande zu verwerten beliebe.

Nunmehr wurde die Weiterberatung der Interpellation abgebrochen, um die Abstimmung über den Staatsgerichtshof vorzunehmen, für die eine ⅔-Mehrheit notwendig war. Das Haus war ausreichend besetzt, und der Entwurf wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen.

Darauf wurde die Besprechung der Interpellation fortgesetzt, und das Wort erhielt der Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.) Er erklärte, daß auch seine Partei für die Aufhebung der Sanktionen stimmen werde, und ließ sich dann des näheren über die Wirkung dieser Sanktionen aus.

Nach Annahme des Ultimatums, bemerkte der Redner, und nachdem die deutsche Regierung vollgültige Beweise ihres guten Willens erbracht habe, liege kein Grund mehr vor, die Drangsalierungen aufrecht zu erhalten. Das Volk appelliere an das Gerechtigkeitsgefühl und die Vernunft in Frankreich und England, soweit wirtschaftliche Einflicht vorhanden sei, weise aber jede nationalistische Hetze zurück.

Abg. Koch (Dem.) behandelte die Sanktionen von dem politischen Gesichtspunkte aus, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten.

Abg. Hoefflein (Komm.) warf vor allem der Rechten vor, daß es ihr mit dieser Interpellation nicht um das Wohl der leidenden Arbeiterschaft, sondern um einen nationalen Rummel zu tun gewesen sei. Dann er ging er sich in Einzelheiten über die Sanktionen.

Preußischer Landtag.

(81. Sitzung.) U. Berlin, 30. Juni.

Das Haus nimmt den Gesetzentwurf über die Errichtung des Stadtkreises M.-Gladbach in zweiter und dritter Beratung einstimmig an. Sodann wird die Aussprache über den

Justizetat

fortgesetzt. Justizminister am Zehnhoff stellt fest, daß er sich hinsichtlich des Rechtsstudiums nur dahin ausgesprochen habe, daß ein sechssemestriges Studium genüge unter der Voraussetzung, daß die Studenten sich auch wirklich dem Studium hingeben. Für eine Handhabung des Strafvollzuges in sozialem Geiste trete er ein.

Abg. Dr. Heymann-Köln (D. Volksp.) weist die Angriffe des Abg. Kuttner gegen die preußische Justiz zurück. Unzutreffend ist die Behauptung, daß es unten den Hohenzollern keine unabhängigen Richter gegeben habe. Auch Juden sind wiederholt als Richter angestellt worden. Es trifft auch nicht zu, daß die Angehörigen des deutschen Richterstandes durchweg aus kapitalistischen Kreisen stammen. Den Zentrumsantrag auf eine schnellere Erledigung der Verfahren wegen Wucher- und Schieberverbrechen werden wir annehmen. Bedenken haben wir gegen den sozialdemokratischen Antrag, nach dem bei Verfolgung von Preßvergehen die Beschädigung von Rotationsmaschinen und die Wegnahme von Maschinenteilen unterlassen werden soll. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Hinzuziehung der Laienrichter bei allen Gerichten, die in Strafsachen urteilen, stimmen wir zu. Aufs schärfste widersprechen wir aber der Auswahl der Laienrichter durch Volkswahl. Berufungsmöglichkeit gegen alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen wünschen auch wir; ebenso stimmen wir der sozialdemokratischen Anregung zu, Kindern minderbemittelter Eltern auf Staatskosten den Weg zum Richteramte zu eröffnen. Der beantragten Entschädigung der Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst können wir zustimmen. Die Anträge der Kommunisten lehnen wir ab.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der Leipziger Prozeß.** Das Reichsgericht setzte in dem Prozeß gegen General Stenger und Major Crusius die Beweisaufnahme fort. In den Aussagen der elsässischen Zeugen wurden vielfach Widersprüche festgestellt. Ehemalige deutsche Offiziere, so der Bergrat Heintze aus Essen und der Major a. D. Neckel aus Böblingen in Württemberg, erklärten, daß ein Befehl zur Erschießung von Gefangenen niemals ergangen sei. General Stenger habe nur gesagt, daß Menschen, die aus dem Hinterhalt feuerten, getötet zu werden verdienten.

§ **Sühne für ein Handgranatenattentat.** Die ehemaligen Reichswehrsoldaten Grünschel, Rennecke und Ebbecke hatten sich vor einem Berliner Schwurgericht wegen versuchten Mordes und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Sie hatten den Althändler Mahnkopf in Spandau, dessen Wohnung sie ausgekundschaftet hatten, durch Eierhandgranaten zu töten versucht, und zwar in der Weise, daß sie die Granaten an der Wohnungstür befestigten, so daß sie explodieren mußten, sobald die Tür geöffnet wurde. Mahnkopf wurde dann auch bei der Explosion schwer verletzt, ist aber am Leben erhalten geblieben. Das Gericht erkannte gegen Grünschel auf 5½ Jahre, gegen Rennecke auf 2 Jahre und gegen Ebbecke auf 3 Jahre Zuchthaus.

Der neue Orientkrieg.

Kemals seltsame Haltung.

Den Griechen geht es nach wie vor schlecht. Die neuesten Meldungen besagen, daß die griechischen Truppen Nikomedia geräumt haben, ohne vom Feinde daran gehindert zu werden, d. h. sie sind ausgerissen, als sie hörten, daß die Türken kamen. Die Türken haben in der Gegend von Sabandja Stellungen bezogen. Sie setzen ihren Aufmarsch fort. Die griechischen Truppen, welche Tetili verteidigen und durch drei Artilleriegruppen verstärkt sind, sind umzingelt. Man erwartet ihre Übergabe. Alle diese Orte liegen etwas östlich von dem in letzter Zeit vielgenannten Ismid, in der Nähe der Ostküste des Marmarameeres.

Der heilige Krieg mit Vorbehalt.

Kemal Pascha hat an die Bevölkerung in Anatolien eine Proklamation gerichtet, in der er die Völker des Abendlandes anklagt, die Völker des Orients vernichten zu wollen. Er protestiert gegen die Besetzung Konstantinopels durch die Engländer, deren Schurferei es gelungen sei, die hohe Pforte unter Vormundschaft zu stellen. Er protestiert ferner dagegen, daß man ihn anklagt, den Bolschewismus nach Anatolien verpflanzt zu haben und sagt, daß das anatolische Volk entschlossen sei, seine Interessen und seine Existenz zu verteidigen, wie es dies als freies und autonomes Volk tun müsse. Der Kampf wird also bis zur Räumung Konstantinopels fortgesetzt werden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Der Kampf, der sich jetzt im Orient abspielt, ist ein heiliger Kampf. Der Kampf, der in der muselmanischen Welt entfacht ist, wird den Horizont der Herren aufhellen und die Unabhängigkeit Indiens und der anderen muselmanischen Völker sichern, die bis jetzt unter dem Joch der ungläubigen Abendländer seufzen.

Aber Kemal Pascha läßt auch mit sich reden. Die Alliierten haben die türkische Regierung in Konstantinopel gewarnt, daß sie eine Verletzung der „neutralen Zone" um Konstantinopel als Kriegsfall ansehen würden. Izzet Pascha, hat sich daraufhin an die Regierung von Angora, d. h. Kemal, mit der Bitte gewandt, die Warnung der Alliierten zu respektieren. Die Kemalisten haben, wie „Daily Expreß" mitteilt, versprochen, die Grenze des neutralen Gebietes nicht zu überschreiten.

Nach dem Abzug der griechischen Garnison aus Ismid haben nationalistische Soldaten die Stadt besetzt. In der Umgegend der Stadt sind verschiedene Brandstiftungen vorgekommen, für die sich Griechen und Türken gegenseitig verantwortlich machen.

Die englische militärische Polizei hat in Konstantinopel eine Razzia auf bolschewistisch verdächtige Personen unternommen und über 30 Russen und Kaukasier verhaftet, die als bolschewistische Agitatoren gelten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die zukünftige Brotversorgung.

Im Landwirtschaftlichen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates teilte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums mit, daß die Mindestpreise für das im Umlageverfahren abgelieferte Getreide von 1400 Mark auf 2100 Mark für die Tonne Roggen heraufgesetzt werden sollen, der Mindestpreis für Weizen erhöht sich entsprechend von 1500 auf 2300 Mark, der für Hafer auf 1800 Mark. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm diese Vorschläge an.

Erfüllung des Ultimatums.

Mit dem 30. Juni ist die Frist für die Erfüllung einer Reihe wichtiger Bedingungen des Ultimatums abgelaufen. Bis zu diesem Tage waren die Selbstschutzorganisationen aufzulösen, war die Ablieferung der sämtlichen von den Selbstschutzorganisationen angemeldeten Waffen durchzuführen und waren die Bestände an Heeresgerät abzuliefern, welche die von den Kontrollkommissionen festgesetzten Höchstzuweilungen überschreiten. In allen drei Punkten ist die Frist eingehalten worden. Die Interalliierte Militärkontrollkommission hat hiervon Nachricht erhalten.

Belgrad. Zum Attentat auf den Prinzregenten wird ergänzend gemeldet, daß unter den Verwundeten sich auch der Schweizer Professor Wolfrer befindet, der schwer verletzt wurde. Die Annahme, daß es sich nur um die Tat eines einzelnen handelt, bestätigt sich nicht. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Marianne.

Novelle von Fritz Ganzer.

58 (Nachdruck verboten)

Marianne sah ihn angstvoll an und schloß die Finger der Linken krampfhaft um die harten Zweige des Frühlingsstraußes.

„Aber was ist denn geschehen, Herr Pastor? . . . Ich bin ganz erschrocken . . . Ist bei meinem Onkel oder bei Ihnen . . ."

Er winkte, sie unterbrechend, mit der Hand und wies nach der Kirche, deren Tür offen stand, hinüber.

„Kommen Sie, bat er und ging ihr schon voraus.

Sie folgte verständnislos.

Dann wandte er sich plötzlich um, trat an ihre Seite und sagte, dicht neben ihr gehend:

„Es ist sonderbar . . . wie das alles im Leben kommt . . . Vor einer guten Stunde etwa beobachtete ich von dem Fenster meiner Studierstube aus einen Menschen, der sich mühsam über den Kirchplatz schleppte und dann vor dem Eingang zum Gotteshause scheinbar kraftlos zusammenbrach. Ich sah, wie er sich zu den Steinstufen hinaufquälte und dort zusammengesunken sitzen blieb . . . Plötzlich schien es mir, als wenn ich den Menschen kennen müsse . . . Ich suchte in meinen Erinnerungen . . . suchte . . . und griff dann zu meinem Hut und eilte nach der Kirche hinüber . . . und fand . . . fand . . ."

„Hans Koerber!" . . . schrie Marianne ahnungsvoll auf, als Jakobsen stockend innehielt, und blieb tieferschüttert stehen. Sie mußte sich gegen die Mauer des Kirchplatzes, die sie eben erreicht hatten, lehnen, so mächtig war die Bewegung, die sie bei dem Aussprechen ihrer Vermutung erfaßte.

„Nicht wahr, Hans Koerber?" fragte sie dann noch einmal und fuhr gleich darauf, die Antwort Jakobsens gar nicht abwartend, fort: „Und wo ist er nun? . . . Ich sehe ihn nicht . . . Ist er wieder fortgegangen? . . . Und weshalb . . . warum kam . . ."

Die so plötzlich und unerwartet über sie gekommene, durch Jakobsen nur angedeutete Nachricht von der Ankunft ihres Gatten wirkte jetzt so gewaltig auf sie, daß ihre Worte wie ein Hauch erstarben und sie ihre Gedanken nicht zu Ende zu denken vermochte. Sie schloß die Augen sekundenlang, und in ihr Gesicht trat eine tiefe Blässe.

Jakobsen beugte sich zu ihr herab, so daß sein Mund dicht über ihrem Haar war und bat leise: „Kommen Sie, Frau Marianne, ehe es zu spät ist. . . . Ich habe ihm versprochen, Sie zu bringen . . . Und er wartet auf Sie. . . . . Ich führte ihn in die Kirche, . . . er wünschte es."

Marianne richtete sich entschlossen auf und nickte Jakobsen zu. „Ich gehe, er soll nicht umsonst gewartet haben."

Sie schloß beide Hände um die Haselnußzweige und schritt mit tief gesenktem Haupt und zitternden Knien über den Kirchplatz.

Jakobsens Anwesenheit schien sie plötzlich ganz vergessen zu haben. Sie sah nicht nach ihm zurück. . . .

Er folgte langsam und zog die Tür, die Marianne nicht geschlossen hatte, leise zu. Unschlüssig blieb er dann eine Weile stehen und überlegte, ob er gehen oder auf Marianne warten sollte. Schließlich entschied er sich für das letztere und wanderte, die Hände auf den Rücken gelegt, mit ernsten, sinnenden Augen, die oft die hohen Bogenfenster des Gotteshauses streiften, als möchten sie ergründen, was hinter ihnen sich ereignete, die gewundenen Wege des Kirchplatzes ruhelos auf und ab. . . .

Marianne hatte ihre Augen erst an das im Kirchenschiff schon herrschende leise Dämmerlicht gewöhnen müssen und war im Vorraum zauberndlich stehengeblieben. Als sie dann das behutsame Schließen der Tür hinter sich vernahm, raffte sie sich auf und schritt den breiten Hauptgang hinab. Die bogengekrönten Pfeiler zu beiden Seiten waren bereits in dunkle Schatten gehüllt, so daß sie in höchster Höhe ungewiß verschwammen und eine dunkle, drohende Masse bildeten, aus der die weitspannenden Bogen wie ungeheure Arme herausliefen.

Marianne erschauerte leicht. Der die ganze Breite des Ganges ausfüllende Läufer aus Kokosfaser sog den Schall ihrer Tritte auf.

Sie kam sich vor wie eine wesenlose, gespensterhafte Erscheinung. Bis zum Altarraum ging sie so tastend und ungewiß und mit so verworrenen Gedanken im Hirn, daß sie sich fragen mußte: „Was willst du hier? . . . Weshalb gehst du hier?" . . .

Nun lag das letzte Pfeilerpaar hinter ihr. Und damit das beklemmende Halbdunkel. Sie trat in den weiten, noch fast hellen Raum vor dem Altar. . . . Und plötzlich fielen Unsicherheit und Verworrenheit von ihr ab. . . . Denn jetzt fand ihr suchendes Auge Hans Koerber.

Hans Koerber saß mit geschlossenen Augen und schlaff am Körper herabhängenden Armen in der Ecke eines Kirchenstuhles wie ein Toter. . . .

Es war derselbe Platz, auf dem sie einst gesessen, als Hans Koerber werbend vor ihr gestanden. . . . Und dort das Muttergottesbild. Sein Bild und ihr Bild. Ein letzter, matter Sonnenstrahl huschte abschiednehmend darüber hin.

Längst Vergangenes wurde in Marianne mit Koerber Schärfe lebendig. Sie sah alles wie an jenem Tage, als sie sich Hans Koerber in diesem Raum zu eigen gab. Sekundenlang stand sie regungslos, sinnend. Die Haselnußkätzchen entfielen ihren Händen. . . .

Und nun rechte sie sich auf und trat leise zu ihrem Gatten. Mit einem sich schmerzlich über ihre Lippen ringenden Seufzen, das von nahen Tränen redete, sank sie vor ihm in die Knie.

Schweiz.

✕ **Karl von Habsburg will in der Schweiz bleiben.** Nach übereinstimmenden Berichten ist es nicht ausgeschlossen, daß Karl von Habsburg die Schweiz nicht bis zum 20. August verlassen, sondern den Bundesrat um eine Verlängerung seiner befristeten Aufenthaltsbewilligung ersuchen wird. Die Einreisegesuche, die Karl sowohl an Spanien wie an England gerichtet hat, sind abgewiesen worden. Mit Griechenland wird noch verhandelt, doch scheint auch dieses Land nicht geneigt, Karl aufzunehmen. Ob unter diesen Umständen der schweizerische Bundesrat dem Habsburger den Genuß des Asylrechts weiterhin einräumen wird, obgleich Karl es nach der Auffassung der Mehrheit des Schweizer Volkes durch seine Ungarnreise verletzt hat, bleibt abzuwarten.

Nordamerika.

✕ **Einschränkung der Flottenbauten.** Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat mit 340 gegen 4 Stimmen den vom Senator Borah zum Marineetat eingebrachten Antrag angenommen, der den Präsidenten ermächtigt, mit Großbritannien und Japan in Verhandlungen einzutreten, um eine Einschränkung der Flottenrüstungen herbeizuführen.

Japan.

✕ **Die japanischen Handelskammern fordern Rüstungseinschränkung.** Der Verband der Handelskammern Japans hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt, jetzt, nachdem der Völkerbund eine vollendete Tatsache sei, müßten die Rüstungseinschränkungen in allen Ländern ernstlich erörtert werden. Die Entschließung besagt außerdem, daß Japan mit den Mächten bezüglich der Abrüstung ein Übereinkommen schließen müßte, damit der internationale Friede gewährleistet und mehr Energie der industriellen Entwicklung zugewendet werde.

Drahtmeldungen vom 2. Juli

Amnestie für die polnischen Plünderer?

Berlin. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu dem Amnesteierlaß der interalliierten Kommission in Oppeln: Praktisch heißt der Amnesteierlaß nichts anders, als daß alle von den Korfanty-Banden verübten Verbrechen, die unzähligen Bränden und zahlreichen Morde ungesühnt bleiben sollen. Die Unterwerfung der interalliierten Kommission unter die Korfanty-Forderungen der Amnestie ist ein Peitschenschlag für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens. Laut „Lok.-Anz." hat der Amnesteierlaß unter den oberschlesischen Deutschen eine gewaltige Erregung hervorgerufen. Als rechtmäßig gebildete Organisation würden die polnischen Ortswehren bestehen bleiben. Den Zeitpunkt, von dem an verboten sein wird, in Oberschlesien Waffen zu tragen oder Explosivstoffe zu besitzen, würden Korfanty und le Rond im trauten Einverständnis zu bestimmen wissen, an dem Tage nämlich, an dem die neue polnische Heeresorganisation der Ortswehren fertig dasteht und auch die letzte Flinte in sicherem Gewahrsam verborgen oder nach Polen herübergeschafft sein wird.

(Mittags-Meldungen)

Einzug der Türken in Ismed

Konstantinopel. Gestern gegen 12.30 Uhr zog Mustefin Pascha, Oberbefehlshaber der kemalistischen Truppen in Ismed ein. Er erließ sofort eine Proklamation, in der die Sicherheit der Bevölkerung ohne Unterschied der Religion garantiert wird und befahl die Landung der Flüchtlinge, die sich noch an Bord der im Hafen liegenden Schiffe befinden.

Vier Handgranaten explodiert

Barcelona. Nach einer Havasmeldung explodierten gestern im Zentrum von Barcelona vier Handgranaten, wodurch etwa 10 Personen verwundet wurden. Es wird vermutet, daß die Handgranaten aus einem Automobil geschleudert wurden.

Paris. Im Einnahme-Ausschuß der Kammer bemerkte Briand, daß sich die Lage in Oberschlesien seit einiger Zeit merklich gebessert habe.

11 Milliarden Schuldzinsen der Alliierten.

Paris. Nach einer Newyorker Meldung hat im Finanzausschuß des Senats der Unterstaatssekretär der Finanzen mitgeteilt, daß die Zinsen der Schulden der Alliierten sich am 15. Mai auf 943 634 750 Dollar beliefen, was nach augenblicklichem Kurs ungefähr 11 Milliarden Franf ausmache.

Neuwahlen in Belgien.

Brüssel. Die Regierung hat beschlossen, die Kammer im Oktober d. J. aufzulösen. Die Sozialisten werden auf das Wahlprogramm u. a. setzen: Dienstzeit von sechs Monaten, Staatsbetriebe für Gas und Elektrizität, Nationalisierung der Eisenbahn und eine Steuer auf das Kapital.

Mobilisierung in Rußland?

London. Aus Helsingfors wird gemeldet, in den nördlichen Gouvernements von Nordwestrußland sei wegen der Aufstände in Sibirien eine allgemeine Mobilisierung aller Klassen bis zum Alter von 48 Jahren angeordnet worden. Als Grund dafür wird angegeben, daß in Moskau ein Vormarsch gegen Polen erwogen werde. Der Widerstand im Volke gegen den Mobilisierungsbefehl ist groß und aus verschiedenen Bezirken werden ernste Ausschreitungen gemeldet.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Durch Beschluß der Reichsregierung ist der bisherige Reichskommissar für die Entwässerung der Zwischenahner Meerwiesen, Staatssekretär z. D. Dr. Peters, mit der Abwicklung der Geschäfte des Reichskommissariats beauftragt worden.

Königsberg. Zum Vertreter der Provinz Ostpreußen im Reichsrat wurde Freiherr v. Gayl, zu seinem Stellvertreter Handelskammersyndikus a. D. Fritz Simon gewählt.

Paris. Wie mitgeteilt wird, ist nunmehr die Bestimmung getroffen worden, daß von den 6¼ Prozent der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme, die auf die Kleinstaaten entfallen, Südslawien allein fünf Prozent erhalten wird.

Paris. General Bailloud, der Befehlshaber der Orientarmee, ist mit einem Flugzeug abgestürzt und seinen Verletzungen erlegen.

Brüssel. Der militärische Gerichtshof in Brüssel hat das Urteil von 20 Jahren Zwangsarbeit gegen einen flämischen Soldaten bestätigt, der während des Krieges hinter der Front einen demokratischen Soldatenbund gegründet hatte.

Konstantinopel. 60 bolschewistische Agenten sind von der englisch-französischen Polizei auf Grund von Instruktionen aus London verhaftet worden.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Devisenplätze		1. 7. Geld	1. 7. Brief	30. 6. Geld	30. 6. Brief	Stand 1. 8. 14	
Holland ...	Gulden	2455,00	2460,00	2160,00	2465,00	170	Mk.
Dänemark ..	Kronen	1256,70	1259,80	1260,70	1263,30	112	„
Schweden ..	Kronen	1650,80	1654,20	1660,70	1664,25	112	„
Norwegen ..	Kronen	1063,90	1066,10	1068,90	1071,10	112	„
Schweiz ...	Frank	—	—	1260,70	1263,30	72	„
Amerika	Dollar	74,92	75,08	75,00	75,23	4,40	„
England ...	Pfund	279,20	279,80	280,45	281,05	20,20	„
Frankreich ..	Frank	—	—	601,35	602,65	80	„
Belgien	Frank	—	—	598,40	599,60	80	„
Italien	Lire	—	—	364,10	365,35	80	„
Dt.-Österreich	Kronen	11,18	11,22	12,23	12,27	85	„
Ungarn	Kronen	27,07	27,10	27,67	27,73	85	„
Tschechien ...	Kronen	100,25	100,65	101,10	101,40	85	„

Danach war also die Mark in Pfennigen ungefähr wert in Holland 7,0; Italien 22,3; England 7,8; Amerika 5,7; Frankreich 13,5.

Aus der Heimat — für die Heimat

□ **Zur Wetterlage.** In diesen Tagen schien es fast, als wollte der Wettergott endlich mal wieder mit uns Mitleid haben. Das prächtige Sommerwetter, das am 26. Juni ziemlich unerwartet eintrat, wurde aber ebenso schnell durch unfreundliche, kühle Witterung abgelöst. In ganz Ostdeutschland, dabon auch in Süddeutschland, fielen zum Teil ziemlich starke Niederschläge. Die Temperaturen blieben unter den normalen Werten. In West- und Mitteldeutschland blieb es zumeist trocken. Die allgemeine Wetterlage hat sich auch jetzt noch nicht erheblich gebessert. Im Osten erscheint ein Tiefdruckgebiet nach dem anderen vom nördlichen Eismeer her; die Folge davon sind die weitverbreiteten und meist ziemlich starken Niederschläge. Das über Großbritannien und Irland liegende Hochdruckgebiet, das vorübergehend bis auf Mitteldeutschland seinen Einfluß ausgedehnt hatte, hat sich wieder zurückgezogen. Da auch jetzt noch keinerlei Anzeichen dafür vorhanden sind, daß das westliche Hoch durch ein stärkeres vom Atlantischen Ozean heranziehendes Tief auf den europäischen Kontinent gedrängt wird, oder daß sich vom Nordosten ein Hoch verschiebt, haben wir zunächst auch weiterhin mit überwiegend trübem, kühlem Wetter zu rechnen. Dabei sind auch ferner im Osten stärkere Niederschläge zu erwarten.

□ **Zuschlag für postlagernde Sendungen.** Es wird häufig nicht beachtet, daß für postlagernde Sendungen neben der Freigebühr ein Zuschlag von 10 Pf. erhoben wird. Dieser Zuschlag ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd" tragen, also nicht nur bei gewöhnlichen Briefsendungen, sondern auch bei Einschreibsendungen, Postanweisungen, Paketen usw., und zwar zusammen mit der Freigebühr.

Br. Oldendorf, 2. Juli. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur verfassungsgebenden Kirchenversammlung in Westfalen wird kaum vor Anfang der nächsten Woche feststehen, da die Wahlergebnisse aus den einzelnen Gemeinden mit erheblicher Verzögerung in Münster beim Wahlkommissar für Westfalen eintreffen.

Holzhausen, 1. Juli. Am kommenden Sonntag feiert der hiesige Kriegerverein sein Sommerfest. Zu dem Durchzuge durch die Straßen des Ortes werden die Häuser ihren besten Schmuck anlegen.

Blasheim, 1. Juli. Zu unserem Schützenfest ist alles aufs beste vorbereitet. Fleißige Hände haben die Zelte ausgeschmückt. Bei dem Durchmarsch durch den Ort werden auch die Häuser Flaggenschmuck tragen. Wenn das Wetter uns nicht im Stich läßt, werden wir sicherlich ein schönes Fest erleben.

Hunteburg, 1. Juli. Am letzten Sonntag fand hier das Schützenfest statt. Die Königswürde erlangte Kolon Egbert, der sich Frau F. Schnieder zur Königin erwählte. Am Montag fand eine Nachfeier statt, bei der unter den 12 besten Schützen Geldpreise verteilt wurden.

Diepholz, 1. Juli. Der gemeinnützige Bauverein hat den Bau von 6 Doppelwohnhäusern beschlossen. Sämtliche 12 durch diese Bauten zu schaffenden Wohnungen wurden bereits den Bewerbern zugeteilt. Als Bauplatz ist das dem Bauverein schon seit Jahren gehörende, früher Meyeringsche Grundstück am Heeder Triftwege vorgesehen. Auf jeden zukünftigen Hausbesitzer werden laut „Diepholzer Kreiszeitung" mit Garten 840 Quadratmeter Grundfläche entfallen. Jedem Bewerber steht es frei — ja es wird sogar gern gesehen, — einen Teil der Bauarbeiten selbst auszuführen, oder beim Bau mit Hand anzulegen. Der Wert seiner Arbeit wird ihm auf die Bausumme angerechnet.

Bielefeld, 1. Juli. (Auf der Fahrt verunglückt.) Unweit der Stadt wurde in einem Eisenbahnviadukt die Leiche eines älteren Herrn gefunden, der anscheinend während der Eisenbahnfahrt aus dem Zuge gefallen und überfahren worden war. Es handelt sich um den Fabrikdirektor H. Müller, der lange Jahre hindurch bei der Verwaltung des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation tätig gewesen ist.

Schwelm, 1. Juli. (Verhafteter Mörder.) Im Herbst des vergangenen Jahres wurde über einen nächtlichen Einbruch bei dem Landwirt Marmelstein in Hiddinghausen bei Herford berichtet, bei dem die Ehefrau von dem Einbrecher erschossen worden war. Die Täterschaft war in Dunkel gehüllt. Nun ist vor einigen Tagen der Heizer Ewald Russert aus Schwelm-Winterberg unter dem Verdacht verhaftet worden, den Mord begangen zu haben. Russert hat das Verbrechen eingestanden. Er hat ferner zugegeben, an einem Raubüberfall in der Gegend von Kassel und an einem Straßenraub in Dortmund beteiligt gewesen zu sein.

Münster, 1. Juli. (Ausbaggerungsarbeiten.) Seit Pfingsten hat der Kanalbagger den Stadthafen, insbesondere die Einfahrt, auf normale Tiefe gebracht. Die dabei ausgebaggerten Massen von 3000 Kubikmeter wurden mittels Schuten zu einem Peters Hafen gegenüberliegenden Weidekamp geschleppt, hier umgeladen und der Kamp wurde damit angefüllt. Nunmehr tritt der Bagger an Peters Hafen in Tätigkeit, wo 1000 Kubikmeter ausgebaggert werden, um den Kanal und die Hafeneinfahrt für vollbeladene Schiffe wieder fahrbar zu machen. Auch diese Arbeiten nehmen längere Zeit in Anspruch.

Kalender der Woche

Sonntag, 3. Juli
Kreishandwerkerbund (Amtsgruppe Preuß. Oldendorf): Handwerkerversammlung
Schützenfest in Blasheim
Verein „Junge Ravensberger": Stiftungsfest in Destel
Spiel- und Sportverein Stemmer-Westkamp: Sportfest
Minden-Ravensberger Turngau: Bezirkswettturnen in Lübbecke
Kriegerverein Holzhausen: Sommerfest
Vr. Oldendorf: Fußballwettspiel
Waldhotel Bad Essen: Unterhaltungsabend
Bad Hilfede: Künstlerkonzert

Montag, 4. Juli
Bürger-Verein Preuß. Oldendorf: Monatsversammlung

In diesem Kalender finden alle öffentlichen und Vereinsveranstaltungen Aufnahme, die in dieser Zeitung angezeigt sind

Herne, 1. Juli. Die Katastrophe auf Zeche „Mont Cenis" hat leider noch ein weiteres Opfer gefordert. Am Samstag vormittag ist der Bergmann Peter Westhoff an den Folgen der Verletzungen, die er bei dem Grubenunglück erlitten hat, gestorben. — Die auf Zeche „Recklinghausen 1" von der Arbeitern und Angestellten veranstaltete Geldsammlung zugunsten der durch das Grubenunglück auf Zeche „Mont Cenis" in Sodingen betroffenen Hinterbliebenen ergab einen Betrag von 2555,40 Mark.

Gerthe, 1. Juli. Einem gemeinen Racheakt fiel eine Bergmannsfamilie in Gerthe zum Opfer. Als die Eheleute beide auf Arbeit waren, öffneten böse Leute die Wohnung mit einem Nachschlüssel und begossen die im Kleiderschrank hängenden Kleider mit Salzsäure, wodurch ein Schaden von 3500 Mark entstand.

Bochum, 30. Juni. (Ausgehobene Spielhölle.) In einem Hause an der nördlichen Stadtgrenze wurde dieser Tage von der Kriminalpolizei eine Spielhölle ausgehoben. Neunzehn Spieler wurden überrascht.

Solingen, 30. Juni. Kommunistische Mißwirtschaft.) Der „Köln. Ztg." wird aus Solingen berichtet: Einen interessanten Einblick in die Mißwirtschaft der kommunistischen Mehrheit in der hiesigen Stadtgemeinde ergab die letzte Stadtverordnetensitzung, in welcher der Haushaltsplan für 1921 beraten wurde. Haushalt und Bilanz wurden der Presse von vornherein vorenthalten. Aus den Ausführungen der Redner ergab sich, daß die Gemeinde bei einer Steuereinnahme von insgesamt 3,5 Mill. Mark im letzten Jahre einen Fehlbetrag von 3 Mill. Mk. hatte, wozu noch das Extraordinarium mit 3 Mill. Mk. komme. Zur Verzinsung der Schulden sei jährlich eine Million Mark nötig, weiter eine Million Mark für Beamtengehälter. Die Gesamtsumme der Beamtengehälter sei gegenüber der Vorkriegszeit infolge fortgesetzter Vermehrung der Stellen auf das Achtzehnfache gestiegen, dabei seien aber die Beamten und Angestellten des Wohnungsamts, des Mieteinigungsamts, des Besatzungsamts und des Lebensmittelamts nicht mitgerechnet. So ginge es nicht weiter, sonst könne man den Beamten am 1. Juli das Gehalt nicht auszahlen. — Der Bürgermeister ist wohl infolge der Entrüstungen über die Mißwirtschaft seit längerer Zeit beurlaubt, die Verwaltung wird von vier nicht sachmännisch vorgebildeten, überwiegend kommunistischen Beigeordneten geführt, die selbst zugaben, daß es die höchste Zeit sei, daß ein Mann in Verwaltungskenntnis die Zügel in die Hand nehme. Zu dem Zweck soll die Stelle eines Bureaudirektors geschaffen werden, der von einer Versammlung der städtischen Beamten in Vorschlag gebracht werden soll. Einen kleinen Blick hinter die Kulissen der Verwaltung ergab der Antrag, zur Ablieferung der der Gemeinde nicht zustehenden Reichssteuern eine Anleihe von 2,1 Million Mark aufzunehmen. Die Gemeinde hat alles Staatssteuern vereinnahmt und muß nun eine Anleihe aufnehmen, um sie an die Staatskasse ablieferu zu können! Die Einnahmen der Sparkasse gehen infolge der Zeitungsnachrichten über die Lotterwirtschaft der Gemeinde fortgesetzt zurück. Es hieß, es sei zweifelhaft, ob die Regierung die beantragte Anleihe genehmigen werde und ob die Verwaltung sie unterbringen könne. Wir müssen verlangen, daß die Regierung hier endlich energisch eingreift und einen erfahrenen Verwaltungsbeamten kommissarisch mit der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten beauftragt. Wie bisher kann es unter keinen Umständen weitergehen.

Hamburg, 1. Juli. (Im Kampfe mit einem Bären.) In den Vera-Filmwerken an der Alsterkrug-Chaussee wird gegenwärtig ein Film „Banditen im Frackgekurbelt, bei dem der bekannte Ringkämpfer Fred Marcussen eine Hauptrolle spielt, wobei er von einem Bären verfolgt wird. Als heute vormittag ein Teil dieses Kampfes gefilmt wurde und Marcussen eine hohe Strickleiter emporkletterte, wurde er schon auf halber Höhe von dem ausgehungerten Bären eingeholt und heruntergezerrt, nachdem sich zuvor ein furchtbarer Kampf in der Höhe abgespielt hatte. Marcussen versuchte, den Bären mit dem Fuße hinunterzustoßen und hielt sich mit den Händen an der Strickleiter fest, mußte aber schließlich loslassen, weil er sich aus der eisernen Umklammerung des Bären nicht befreien konnte. Auf dem Erdboden angelangt, entspann sich ein förmlicher Ringkampf auf Leben und Tod. Durch die furchtbare Anstrengung des Kampfes und die gewaltige Umklammerung des starken Tieres unterlag Marcussen, der durch einen Blutsturz ohnmächtig geworden war. Endlich gelang es der Dompteuse, den Bären am Nasenring zu fassen, als er sich bei schnell hingeworfenem Futter gütlich tun wollte. Der schwerverletzte Marcussen wurde in seine Wohnung transportiert.

§ **Der neue Hölzprozeß.** Wegen der von ihm im Vogtlande begangenen Verbrechen wird sich Max Hölz demnächst vor dem Schwurgericht in Dresden zu verantworten haben. Seine Verteidiger aus dem Berliner Prozeß wollten ihn dorthin begleiten, da sie befürchten, daß unterwegs irgendewas gegen ihn unternommen werden könnte. In einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft haben sie dieser Befürchtung Ausdruck gegeben. Der Bescheid der Staatsanwaltschaft steht noch aus.

§ **Gefängnisstrafe für deutschfreundliche Belgier.** Die Belgier Desterron und Heuba, die sofort nach dem Waffenstillstande nach Holland entflohen waren, sind jetzt vom Geschworenenhof in Lüttich zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie die Politik Deutschlands während des Krieges unterstützt haben.

Nah und Fern.

○ **Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse.** In Hamburg begann die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse, der Organisation der deutschen Redakteure und Berufsjournalisten. Die Reichsminister Dr. Rosen und Dr. Rathenau haben ihr Erscheinen bei einer der gesellschaftlichen Veranstaltungen der bis zum 4. Juli dauernden Tagung zugesagt.

○ **Mordanschlag auf den Herzog Albrecht von Württemberg.** Aus Leutkirch wird gemeldet, daß der 26jährige Tagelöhner Josef Gleißner unter dem Verdacht verhaftet worden ist, einen Anschlag auf den früheren Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich von Zeil verübt zu haben. Der Herzog wurde, wie man sich erinnern dürfte, bei einem Jagdausfluge durch Schrotschüsse leicht verletzt. Der verhaftete Tagelöhner leugnet hartnäckig.

○ **Für eine Million Mark Tabakbanderolen geraubt.** Einbrecher drangen in das Zollamt in Köthen ein und raubten für über eine Million Mark Zigaretten- und Tabakbanderolen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Räuber ähnliche Einbrüche in mehr als zehn deutschen Städten verübt haben.

○ **Das gefährliche Jauchefaß.** Auf Grund einer Photographie, die den Franzosen in die Hände gespielt worden war, wollte in Nordhausen eine Ententekommission auf einem bäuerlichen Gehöft eine schwere Haubitze, die dort verborgen sein sollte, beschlagnahmen. Nach längerem Suchen fand man das vermeintliche schwere Geschütz in einem Schuppen in Gestalt eines — Jauchefasses.

○ **Das Bierseidel als Mordinstrument.** In Aschersleben hat der Rohproduktenhändler Friesland im Hotel „Reichspost" den Stadtrat Hammer, den er seit Jahren mit Drohungen verfolgte, mit einem Bierseidel erschlagen und den Besitzer Haertel und dessen Ehefrau mit einem zweiten Bierseidel schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

○ **Flaschenpost aus der Skagerrakschlacht.** Wie aus Hamburg berichtet wird, ist bei Kaiser-Wilhemshöft eine verkorkte Weinflasche angetrieben und von einem Schiffer geöffnet worden. Sie enthielt einen Zettel mit den Namen: Leutnant d. R. z. S. Timm, Leutnant d. R. z. S. Struckert, Obermatrose Timm, Zahlmeisteraspirant W. Timm, und die Worte: Vor Skagerrak. Der Heimat unsere Grüße." Der Zettel enthielt außerdem die Adresse eines Fräulein Hedwig Timm in Elmshorn. Es handelt sich um die letzten Lebenszeichen einiger Seeleute, die bei der Skagerrakschlacht untergegangen sind.

○ **Bombenanschlag in Braunschweig.** Unbekannte Täter haben in Braunschweig auf das sogenannte Tennishaus im Bürgerpark einen Bombenanschlag verübt. Die eine Seite des mehrstöckigen Hauses wurde vollständig zertrümmert. Menschen wurden nicht verletzt.

○ **Ein geschulter Lebensretter.** In Rheine wurde die dreijährige Tochter des Schreinermeisters Engbring, die beim Spiel in die Ems gefallen war, von dem 14 Jahre alten August Petker vom Tode des Ertrinkens gerettet. Es ist das die vierte Lebensrettung, die der mutige Knabe vollbracht hat.

○ **Explosionsunglück.** In der Munitionszerlegungsstelle Gerwisch bei Magdeburg erfolgte beim Ausschlagen der Zündladung aus russischen Geschossen eine Explosion, durch die die Arbeiter Wilhelm Ebert und Georg Korthe in Stücke zerissen wurden.

○ **Flucht im Flugzeug.** Ein Kaufmann Winterfeld aus Dresden, der in Berlin mehrere Leute um Hunderttausende betrogen hat, ließ sich, als er festgenommen werden sollte, in einem Flugzeug nach Hamburg bringen, und ist von dort vermutlich auf irgendeinem Schiff entflohen.

○ **Auf dem Schützenfest erschossen.** In Salzwedel wurde während eines Schützenfestes die 36jährige Schneiderin Schulz von einem Unbekannten durch einen Pistolenschuß ins Herz getötet. Die Frau stand mit ihren Verwandten vor einer Luftschaukel, als plötzlich ein Schuß krachte. Die Kugel drang in den Rücken der Schneiderin und führte sofort den Tod herbei.

Bekanntmachung

Nachdem bei der Abstimmung die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden sich für die Einführung des Beitrittszwangs erklärt hat, ordne ich hiermit an, daß zum 1. September 1921 eine **Zwangsinnung für das Maler- und Anstreicher-Handwerk in dem Bezirke des Kreises Lübbecke** mit dem Sitz in Lübbecke errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkte ab gehören alle Gewerbetreibende, welche das Maler- und Anstreicherhandwerk im Kreise Lübbecke betreiben, dieser Innung an.

Minden, 14. Juni 1921

Der Regierungspräsident

Bekanntmachung

Für die **Zentralstörung der Hengste in Warendorf** ist der 9. und 10. November 1921 in Aussicht genommen. Die Nachkörung findet voraussichtlich Mittwoch, 4. Januar 1922 statt.

Anmeldungen sind bis zum 1. August 1921 unter Beifügung des Abstimmungsnachweises und 30 ℳ Anmeldegebühr an die Landwirtschaftskammer, Münster i. W., Schorlemerstr. 6 zu richten. Die jährliche Körgebühr entspricht der Höhe des Deckgeldsatzes, mindestens aber 100 Mark.

Lübbecke, 27. Juni 1921

Der Landrat von Borries

Zucker-Ausgabe

Die Juli-Zuckermarken gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die Belieferung dieser Marken kann sogleich erfolgen.

Es kommen

3 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung

zur Verteilung. Hiervon sind 750 Gramm zu Einmachezwecken besonders zugeteilter Zucker.

Auf meine Bekanntmachung vom 21. August 1919 betreffs Zuckerversorgung weise ich hierbei besonders hin. Hiernach sind die Zuckermarken von den Verbrauchern bis zum 20. Juli 1921 bei den Kleinhändlern einzulösen und von diesen bis zum 25. Juli 1921 bei der Kreiszuckerstelle abzuliefern.

Lübbecke, 27. Juni 1921

Der Vorsitzende des Kreisausschusses

von Borries

Bürger-Verein Preuß. Oldendorf

Montag, 4. Juli 1921, abends 8½ Uhr bei Gastwirt Kappelmann

Monatsversammlung.

Der Vorstand

Bad Hüsede

Sonntag, 3. Juli nachmittags und abends

Künstlerkonzert.

Anfang 8 Uhr.

E. Meyerskötter

Hotel Schlüter,

Lübbecke i. W.

Angenehmster erfrischender Aufenthalt für Ausflügler und Wandervögel.

Bestes **Vollreis** in 4 Preislagen, weit unter Tagespreis, empfiehlt **Karl Nullmann,** vorm. E. G. Baldhüsemann, Preuß. Oldendorf.

Ich kaufe alle Sorten **Felle** zu höchst. Tagespreisen. L. Stein, Pr. Oldendorf

Verlobungs-Anzeige

Die Verlobung ihrer Tochter Johanne mit Herrn Ludwig Thase in Engershausen beehrt sich ergebenst anzuzeigen

Frau Marie Becker.

Offelten, 3. Juli 1921

Johanne Becker
Ludwig Thase
Verlobte
Offelten Engershausen
3. Juli 1921

Sehr preiswerte Sportartikel wie: Fußballhosen und Trikots, Turnerhemden und Turnergürtel, Fußballgürtel

A. Hagen,

Langestr. 16 Lübbecke Langestr. 16

Herm. Lohmann

Herford

Wohnungs-Einrichtungen

in allen Preislagen

Alter Markt 6—8

Gesucht wird für sofort ein **jung. Mann** für Kontor einer kleinen Maschinenfabrik.

Nachzufragen in der Geschäftsstelle dies. Ztg. in Preuß. Oldendorf.

Waschkörbe, Wäscheklammern, Wäscheleinen, Waschbretter billigst bei **Rudolf Hunke,** Lübbecke.

Dreschflegelkappen fertigt an **A. E. Kind,** Pr. Oldendorf.

Wandspiegel zu billigen Preisen. **Rudolf Hunke,** Lübbecke

Papier-Abrollständer mit 1, 2 und 3 Rollen **Rollenpapier** für alle Breiten, liefert **Franz Schlüter,** Bad Essen und Pr. Oldendorf.



Fussballwettspiel

Sonntag, 3. Juli

1. Elf Sportverein Oppendorf gegen 1. Elf „Union" Pr. Oldendorf

Anstoß nachm. 3 Uhr auf Spiegels Wiese. — Anschließend: 1. Elf Getmold gegen 2. Elf „Union" Pr. Oldendorf.

Schützen-Verein Blasheim

Das diesjährige

Schützenfest

findet am

Sonnabend, 2. Juli, und Sonntag, 3. Juli

auf dem Blasheimer Marktplatze in 3 großen Zelten statt.

Es laden freundlichst ein

Der Schützenverein Blasheim und der Festwirt.

Für Aufbewahrung der Garderobe und Fahrräder ist auf dem Festplatze Sorge getragen.

Wir sind in der Lage, **jede Menge**

Frühkartoffeln

zur baldigen Lieferung gegen Kasse an der Verladestation zu den höchsten Preisen abzunehmen.

Landw. Wirtschaftsgenossenschaft

e. G. m. b. H.

Bohmte

— Fernruf Nr. 89 —



In der Erntezeit

braucht der Landmann außer Arbeitskräften auch die vielgepriesenen Erntemaschinen. Manche Geräte sind abgenutzt und müssen ersetzt werden.

Nur der Kaufmann wird auf diesem Gebiete ein gutes Geschäft machen, der seine Waren in dieser Zeitung anpreist. Stellenangebote in dieser Zeitung haben stets Erfolg.

Preiswerte Sommerwaren

Auf sämtliche Strohhüte, Knaben-Waschanzüge, Knaben-Waschblusen und Hosen. Fertige Damen-Blusen, Damen-Sommer-Mäntel gebe ich von heute ab

20% Rabatt.

W. Schluer Wwe. Nachf. **Bohmte**